

# Attac: Gefahr für freie Fahrt von Bus und Bahn

Aus Cross-Border-Geschäft – Kämmerei: keine Probleme

Gefahr für die freie Fahrt von Bus und Bahn vermutet die Dortmunder Attac-Gruppe – nachdem die amerikanischen Investoren das Recht erhielten, „Dienstbarkeiten“ ins Grundbuch eintragen lassen zu können.

Dies könne im schlimmsten Fall dazu führen, dass die Amerikaner den Öffentlichen Nahverkehr in Dortmund auch ohne Stadtwerke organisieren, so Till Strucksberg von Attac. Im Jahr 2001 war die Westfalenhalle, im Jahr 2002 waren die Stadtbahnanlagen im Rahmen von Cross-Border-Geschäften für jeweils 99 Jahre zur Nutzung an US-Trusts verkauft worden. Als Sicherheit wurden Dienstbarkeitsurkunden ausgestellt, die aber nicht – was möglich gewesen wäre – ins Grundbuch eingetragen wurden. Sie wurden einem Treu-

händer übergeben. Die Dienstbarkeitsurkunden sichern das vorrangige Recht der Trusts ab, die Bahnanlagen bzw. die Westfalenhalle nutzen zu dürfen. Zur Zeit haben die Stadtwerke vorrangige Dienstbarkeiten für ihre Anlagen im Grundbuch stehen.

Nun könnten, so fürchtet Attac, entgegen der Lage zum Abschluss der Geschäfte, die Eintragungen der Dienstbarkeiten der US-Investoren erfolgen. Denn mittlerweile haben die US-Trusts das Recht, die Eintragungen vornehmen zu lassen – als vorrangige Dienstbarkeiten vor allen anderen Einträgen. Der Grund: Die Kreditwürdigkeit des Landes NRW war 2004 von der Rating-Agentur Standard & Poors heruntergestuft worden. Für diesen Fall war den US-Trusts das Recht auf Eintragung eingeräumt worden.

Die Kämmerei der Stadt sieht dennoch keine Probleme. Auch eine Prüfung der US-Trusts durch die amerikanischen Finanzbehörden, die die Cross-Border-Geschäfte unter die Lupe nehmen könnten, weil die Geschäfte letztendlich von US-Bürgern finanziert werden, sei unproblematisch. Das sei das Problem der Investoren, nicht das der Stadt.

Nach Auskunft von Attac sei der Treuhänder angewiesen worden, die Dienstbarkeiten ins Grundbuch eintragen zu lassen. Es sei noch keine Eintragung erfolgt, so die Kämmerei. Die Stadt hat seit zwei Jahren ein Großteil der betroffenen Stadtbahnanlagen „ausparzelliert“: Aus den teils großen Flurstücken unterliegen jetzt nur noch Kernbereiche der möglichen Eintragung einer Dienstbarkeit für die US-Investoren. **bu**